Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7135**

14. Wahlperiode 12. 10. 2001

Große Anfrage

der Abgeordneten Uwe Hiksch, Christine Ostrowski, Rolf Kutzmutz und der Fraktion der PDS

Zukunft der Bauwirtschaft

Die deutsche Bauwirtschaft befindet sich seit 1995 in einer beständigen Talfahrt. Der Umsatz im Bauhauptgewerbe hat sich seit 1995 um über 40 Mrd. DM verringert, der Umsatz im Wohnungsbau ist in diesem Zeitraum um fast 25 Prozent zurückgegangen. Auch im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau gab es erhebliche Umsatzeinbrüche. Die Insolvenzen im Bauhauptgewerbe befinden sich seit vielen Jahren auf hohem Stand. Die Beschäftigung ist in diesem Bereich um über 400 000 Arbeitnehmer zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit liegt auf Rekordniveau bei ca. 25 Prozent. In den neuen Bundesländern hat die Bauwirtschaft eine strategische Schlüsselrolle inne. Eine Besserung der Lage ist nicht abzusehen, so dass in den nächsten Jahren mit einer weiteren Verschärfung der Lage im Bausektor zu rechnen ist.

Angesichts dieser schwierigen Lage dürfen sich die öffentlichen Auftraggeber nicht aus ihrer Verantwortung für die Bauwirtschaft verabschieden. Die Bauwirtschaft braucht eine Verstetigung der öffentlichen Aufträge und eine Weiterentwicklung der öffentlichen Budgetpolitik mit dem Ziel langfristiger Planbarkeit. Eine Erhöhung der investiven Mittel in den Bundes- und Länderhaushalten, im sozialen Wohnungsbau sowie eine nachhaltige Verbesserung der Finanzen von Städten, Landkreisen und Gemeinden können positive Auswirkungen auf die öffentliche Bautätigkeit haben. Der enorme Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen durch die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte ist für die dramatisch verschlechterte Lage der deutschen Bauwirtschaft mitverantwortlich.

Nicht zuletzt deshalb haben die Bundesregierung, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt sowie die Verbände der Bauindustrie und des Baugewerbes im September 2000 ein gemeinsames 10-Punkte-Programm zur Förderung und Verstetigung beschäftigungswirksamer Bautätigkeit vereinbart.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Allgemeine Fragen

1. Wie schätzt die Bundesregierung die ökonomische und arbeitsmarktpolitische Lage der deutschen und europäischen Bauindustrie und des deutschen und europäischen Bauhauptgewerbes ein?
2. Sieht die Bundesregierung konkrete Standortprobleme für die deutsche Bauwirtschaft im Vergleich zur Bauwirtschaft in anderen europäischen Ländern, und welche Konzepte entwickelt die Bundesregierung gegebenenfalls, um diesen Problemen entgegenzuwirken?

Welche Unterschiede gibt es hierbei zwischen den alten und den neuen Bundesländern?

3. Haben sich die Kosten und die Preise für die deutsche Bauwirtschaft im Vergleich zu den Kosten und Preisen in den europäischen Nachbarstaaten – sowohl der EU-Länder als auch der Staaten Mittelosteuropas – unterschiedlich entwickelt und hatten diese Preisentwicklungen negative Auswirkungen auf die deutsche Bauwirtschaft?
4. Sieht die Bundesregierung für die deutsche Bauwirtschaft Wettbewerbsnachteile auf Grund unterschiedlicher Sozial- und Umweltstandards in Europa, und auf welche Weise können solche Nachteile nach Auffassung der Bundesregierung beseitigt werden?
5. Wie haben sich die Konzentrationsprozesse in der deutschen und europäischen Bauwirtschaft, im Baunebengewerbe und in den Zuliefererindustrien zur Bauwirtschaft in den letzten Jahren entwickelt?
6. Haben diese Konzentrationsprozesse Auswirkungen auf Struktur und Anzahl der Arbeitsplätze in diesen Bereichen?
7. Sieht die Bundesregierung in einzelnen Bereichen der Bauwirtschaft die Gefahr von Monopolisierungstendenzen?
8. Welche Entwicklung hat die Zahl der Betriebe in der Bauwirtschaft in Deutschland während der vergangenen fünf Jahren genommen?
9. Welche Ursachen sieht die Bundesregierung für diese Tendenz und welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus?
10. Wie wird sich die Anzahl der Arbeitsplätze im Baugewerbe und deren Struktur in den nächsten Jahren entwickeln?
11. Sieht die Bundesregierung unterschiedliche Entwicklungstendenzen in den neuen und alten Bundesländern?
12. Wenn ja, welche Ursachen macht die Bundesregierung dafür verantwortlich und welche unterschiedlichen Lösungsansätze sieht sie hier?
13. Sieht die Bundesregierung unterschiedliche Entwicklungstendenzen bei kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen?
14. Welche unterschiedlichen Tendenzen haben sich in den neuen und alten Bundesländern ergeben?
15. Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Beschäftigungsstruktur im Bauhauptgewerbe und im Baunebengewerbe?
16. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um die überwiegend mittelständisch geprägte deutsche Bauwirtschaft zu erhalten und die dort vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern?
17. Welchen konkreten Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in diesem Bereich?
18. Haben die derzeitigen politischen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung in Bund, Ländern und Gemeinden Auswirkungen auf die Entwicklung der Bauwirtschaft?
19. Wirken sich diese Konsolidierungsbemühungen konkret auf die Beschäftigung im Baugewerbe aus?
20. Wie hat sich die Investitionstätigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften differenziert nach Ost- und Westdeutschland in den letzten Jahren entwickelt und in welchen Bereichen sieht die Bundesregierung hier konkreten Handlungsbedarf?

21. Sieht die Bundesregierung hier Notwendigkeiten zur Weiterentwicklung der Budgetpolitik?

22. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die ganzjährige Beschäftigung auf dem Bau zu fördern?

23. Wie steht die Bundesregierung zur Möglichkeit, durch die Festlegung eines reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Baureparaturleistungen den Umsatz im Baugewerbe zu erhöhen?

24. Welche Auswirkungen auf die Beschäftigung im deutschen Baugewerbe hat Lohndumping in seinen unterschiedlichen Ausprägungen und welche Maßnahmen dagegen wird die Bundesregierung ergreifen?

25. Sieht die Bundesregierung hier eine Verbesserung der Situation in den letzten Jahren?

26. Wann wird die Bundesregierung geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ durchzusetzen?

27. Wie viele Arbeitnehmer sind nach Kenntnis der Bundesregierung illegal im Bausektor beschäftigt?

28. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um die illegale Beschäftigung zu unterbinden?

29. Wie hoch sind nach Schätzungen der Bundesregierung die Beiträge, die den Sozialversicherungsträgern durch illegale Beschäftigung am Bau entgehen?

30. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit noch mehr als bisher bei den Auftraggebern dieser Schwarzarbeit anzusetzen und die Strafen über das bisherige Maß hinaus zu erhöhen?

31. In wie vielen Fällen wurden bei Kontrollen seit 1999 illegale Beschäftigung und Verstöße gegen das Arbeitnehmerentsendegesetz in den neuen und alten Bundesländern festgestellt?

32. Wie viele Verwarnungen und Geldbußen wurden ausgesprochen und wie hoch waren die Strafsummen?

33. Wie viele Mehrfachtäter befanden sich darunter?

34. Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag, Firmen, die wegen illegaler bzw. untertariflicher Beschäftigung bestraft wurden, künftig von öffentlichen Aufträgen auszuschließen?

35. Welche Konzepte zu einer nachhaltigen Baupolitik hat die Bundesregierung, um ökologisch negative Auswirkungen wie Flächenversiegelung und Flächenzerschneidung zu begrenzen sowie den Ressourcenverbrauch im Bausektor zu senken?

36. Welche konkreten Investitionsbereiche sieht die Bundesregierung zur Durchsetzung eines nachhaltigen und sozialen Infrastrukturprogramms?

II. Fragen zum 10-Punkte-Programm zur Förderung und Verstetigung beschäftigungswirksamer Bautätigkeit

37. Ist die Bundesregierung der Auffassung, und wenn ja, aus welchen Gründen, dass mit der jährlichen Finanzausstattung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund (mittelfristig 230 Mio. Euro), deren Volumen nur für einige tausend zu modernisierende bzw. neu zu bauende Wohnungen aus-

reicht, die Belange der Bauwirtschaft angemessen berücksichtigt worden sind?

38. Welche gesamtwirtschaftlichen Effekte sind unter Berücksichtigung dieser Finanzausstattung für die Volkswirtschaft und die Bauwirtschaft nach Auffassung der Bundesregierung zu erwarten?

39. Welche konkreten Schritte und Maßnahmen über das übliche Maß hinaus hat die Bundesregierung für eine Informationsoffensive zu den bestehenden Förderprogrammen des Wohnungsbaus unternommen?

40. Welche Maßnahmen wurden konkret durch die Bundesregierung eingeleitet, um das ökologische und preiswerte Bauen weiterzuentwickeln?

41. Welche nachweisbaren Ergebnisse im ökologischen und preiswerten Bauen – über einzelne Modellprojekte und Projekte hinaus – wurden seit dem Zeitpunkt der Vereinbarung erzielt, die den Begriff der Weiterentwicklung rechtfertigen?

42. Welche Öffentlichkeitsarbeit hat die Bundesregierung seit dem Zeitpunkt der Vereinbarung eingeleitet und unternommen, um auf die Möglichkeiten der Senkung der Bau- und Bodenkosten aufmerksam zu machen?

43. Welche der Möglichkeiten hat sie dabei auf welche Weise und aus welchem Grund besonders präferiert?

44. Hat die Bundesregierung die Initiative für eine Konferenz (oder für eine andere Aktivität) zur Entwicklung von integrierten Konzepten ergriffen?

    Wenn nein, warum nicht?

45. Ist das Forschungsprojekt zu den Ursachen der unterdurchschnittlichen Auftragsvergabe von Bauaufträgen in den Wintermonaten und deren Auswirkungen auf die saisonale Beschäftigung durchgeführt worden, das die Bundesregierung den Tarifparteien zugesagt hatte?

    Wenn nein, warum nicht?

46. Wenn ja, zu welchen Erkenntnissen und Ergebnissen hat es geführt und welchen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus ab?

47. Hat die Bundesregierung – wie vereinbart – in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden und im Arbeitskreis III der Ständigen Konferenz der Innenminister und Innensenatoren verstärkt darauf hinwirkt, das vorhandene haushaltrechtliche Instrumentarium der Kommunen voll auszuschöpfen, um das Auftragsloch im Winter zu reduzieren?

48. Zu welchen messbaren Ergebnissen haben die Gespräche und das Hinwirken der Bundesregierung geführt – sind bspw. mehrjährige kommunale Haushaltpläne und übertragbare Budgets über das bisher übliche Maß hinaus eingeführt worden – und welchen Anteil an einer eventuellen Reduzierung des Auftragslochs im Winter hatten diese haushaltrechtlichen kommunalen Maßnahmen?

49. Welche messbaren Ergebnisse sind bei der Verkürzung der Phase zwischen Einstellung und Freigabe der Haushaltmittel und dem Beginn des Ausschreibungsverfahrens erreicht worden?

50. Welche messbaren Fortschritte wurden bei der Einhaltung der VOB in Bund, Ländern und Kommunen gegenüber der Zeit vor der Vereinbarung erzielt, insbesondere hinsichtlich der Vergabe an den wirtschaftlichsten Anbieter?

51. Welcher Innovations- und Entbürokratisierungsschub im Zusammenwirken aller am Bau Beteiligten ist seit dem Zeitpunkt der Vereinbarung ein-

getreten, der in Verbindung mit der Förderinitiative „Bauforschung und Bautechnik“ angestoßen werden sollte?

52. Auf welche Weise hat die Bundesregierung entsprechende Initiativen begleitet bzw. auf welchem Stand befindet sich die Aufbereitung der Ergebnisse der entsprechenden Initiativen?

53. Welchen konkreten Handlungsbedarf hat die Bundesregierung aus der Begleitung der entsprechenden Initiativen für sich erkannt?

54. Zu welchen Ergebnissen führte die gemeinsame Auswertung der Resultate der „Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, insbesondere zu welchen neuen, tragfähigen Finanzierungsmodellen, und was ist die Spezifik dieser neuen Finanzierungsmodelle?

55. Wann und bei welchen Projekten kommen diese neuen Finanzierungsmodelle zum Einsatz bzw. sind zum Einsatz gekommen?

56. In welchem Erarbeitungsstadium befindet sich die vereinbarte gemeinsame Entwicklung eines neuen Leitbildes der modernen Bauwirtschaft im 21. Jahrhundert, aus dem der Fortbildungsbedarf abgeleitet worden soll?

57. Welchen Beitrag zur Entwicklung dieses Leitbildes hat die Bundesregierung geleistet bzw. wird sie leisten?

58. Auf welche Weise wurden Gewerkschaft und Bauwirtschaftsverbände in die Arbeiten zu den beiden Gesetzentwürfen zur Bekämpfung illegaler Praktiken bei der öffentlichen Auftragvergabe sowie zur Erleichterung der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit einbezogen, deren Vorbereitung durch die Bundesregierung vereinbart worden war?

59. Wann ist mit dem Einbringen der beiden Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag zu rechnen und auf welche Schwerpunkte werden sich diese Gesetzentwürfe jeweils richten?

60. Zu welchen Ergebnissen hat die Tätigkeit der Arbeitsgruppe zu Alternativen zur aufgehobenen Pauschalsteuer, die vereinbarungsgemäß von der Bundesregierung eingerichtet werden sollte, konkret geführt?

61. Worin genau bestand die Informationskampagne, die in der Bevölkerung das Bewusstsein schärfen sollte, dass illegale Beschäftigung erhebliche, die Gesellschaft schädigende Konsequenzen hat und was rechtfertigt dabei die Bezeichnung Kampagne?

62. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen in der Praxis bewährt?

63. Auf welche Daten und Fakten stützt sich die Bundesregierung bei ihrer diesbezüglichen Beurteilung?

64. Welche konkreten Maßnahmen über das 10-Punkte-Programm hinaus hat die Bundesregierung ergriffen bzw. wird sie ergreifen, um die angespannte wirtschaftliche Lage der Bauwirtschaft und des Baugewerbes zu verbessern?

Berlin, den 4. Oktober 2001

Uwe Hiksch
Christine Ostrowski
Rolf Kutzmutz
Roland Claus und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333